

Mehr als Glücksbringer

Hijras kämpfen um ihre vollständige gesellschaftliche Anerkennung als drittes Geschlecht in Indien



Die Segnungen der Hijras sind in Indien begehrt.

Foto: Alamy/bodam

Traditionell sind sie in Indien eine Gruppe mit mythischer Bedeutung – die Hijras. Trotzdem ähneln die Probleme der Transgender-Personen jenen, die auch in westlichen Ländern bekannt sind.

Von Judith Fetsch

Während das dritte Geschlecht in der deutschen Öffentlichkeit gerade erst Präsenz erlangt, ist es in Indien bereits seit langer Zeit sichtbarer Bestandteil der Gesellschaft. Hijras nennen sich die Menschen in Indien, die meist als Jungen zur Welt gekommen sind und sich im Laufe ihres Lebens dafür entschieden haben, als Frauen zu leben. Ein Gefühl, nicht ganz Frau zu sein, bleibt jedoch bestehen. Die Hijras bewegen sich in ihrer eigenen Gesellschaft, die geprägt ist von einer außergewöhnlichen Vermischung verschiedener Rituale, Strukturen und Gesetze. Hijrasein bedeutet Gemeinschaft sowie das Verinnerlichen und Leben einer vielfältigen Kultur.

In Indien wird Hijras eine widersprüchliche Existenz eingeräumt. Wenn sie ungefragt auf Hochzeiten und Feierlichkeiten zur Geburt von Kindern erscheinen, weist man sie nicht ab, weil ihr Tanz und Gesang Segen und Fruchtbarkeit für die Familien versprechen. Doch außerhalb dieser Begegnungen sehen viele Menschen in ihnen einen Störfaktor. Aufgrund ihres Andersseins erfahren Hijras soziale Ausgrenzung und Benachteiligung.

Abhina Aher ist Anfang 40 und lebt seit vielen Jahren als Hijra. Abhina hieß früher Abhijit. Bereits in Kindheit und Jugend stieß Abhijit mit seinem femininen Auftreten in Familie und im Umfeld auf Unverständnis und Unmut. Während der gesamten Schulzeit und im Studium litt er unter verbaler und physischer Gewalt durch Mitschüler*innen und Fremde. Diese Erfahrungen machen die meisten Jungen, die das Gefühl haben, nicht im richtigen Körper geboren zu sein. Viele verlassen deswegen früh ihr Elternhaus, um der Lebenswelt zu entfliehen, die sie so stark einschränkt.

Während viele junge Männer infolgedessen ihre Ausbildung nicht abschließen, zog Abhijit das Informatikstudium durch. In den Vereinigten Staaten gebe es für »Menschen wie ihn« ein besseres Leben, hatte er gehört. Diese Aussicht gab ihm das notwendige Durchhaltevermögen. Doch wegen der Anfeindun-

gen in seiner Umgebung schottete sich Abhijit ab. Dadurch hatte er auch keine Freunde, denen er sich hätte anvertrauen können. Nach Abschluss des Studiums mit Anfang 20, entdeckte Abhijit die Transenderszene und die Hijra-Gemeinschaft, der er sich sofort zugehörig fühlte. Die Auswanderungspläne waren damit erst einmal hinfällig. Doch die Transformation zur weiblichen Identität und

*Die Richter*innen erklärten, dass die Anerkennung von Transgender als drittes Geschlecht weder eine soziale noch medizinische Frage sei, sondern vielmehr eine Frage des Menschenrechts.*

der Beitritt zu Hijra-Gemeinschaft machte das Leben von Abhina, wie sie sich von nun an nannte, trotzdem nicht leichter.

Einer Hijra-Gemeinschaft beizutreten, ist letztendlich eine Lebensentscheidung und führt oftmals zum Bruch mit der Familie. Die neue Gemeinschaft bietet Strukturen, die der einer Familie ähneln. Eine erfahrene Hijra, die Guru (Lehrerin) genannt wird, nimmt sich einer zukünftigen Hijra an. Durch ein Ritual wird die Beziehung der beiden Frauen besiegelt. Die Jüngere darf sich von nun an Hijra nennen und ist ein Leben lang die Chela (Schülerin) ihrer Guru, die Lehrerin, Mutterersatz und Vorgesetzte zugleich ist. Sie finanziert zusammen mit anderen Schülerinnen ihrer Guru deren Lebensunterhalt, während diese die Bräuche und Werte der Gemeinschaft vermittelt. Damit ist zum einen der Erhalt der Traditionen, zum anderen die Versorgung älterer Hijras gesichert.

Das Guru-Chela-Verhältnis ist aber auch geprägt von Abhängigkeit. Eine Hijra muss von ihrem Einkommen immer einen Anteil an ihre Guru abgeben. Auch muss diese jeder größeren Entscheidung zustimmen – egal ob privat oder beruflich. Trotzdem findet Abhina, dass die Existenz der Hijra-Gemeinschaft eigentlich ein Segen ist, weil sie all denen einen Zufluchtsort und eine Familie bietet, die von der Gesellschaft nicht akzeptiert werden.



Abhina Aher ist Anfang 40 und lebt seit vielen Jahren als Hijra. Foto: Judith Fetsch

Abhina erklärt, dass ihre Gemeinschaft über die Jahrhunderte von den herrschenden Eliten stets geschätzt wurde. »Allem, was in der Vergangenheit selten war, wurde gehuldigt. Menschen wie wir wurden verehrt. Wir hatten einen besonderen Platz in der Gesellschaft«, fügt sie hinzu. Deswegen ist für sie klar, dass Hijras ein Recht auf Akzeptanz und Stolz haben, auch wenn große Teile der indischen Gesellschaft ihnen das bis heute verwehren. Auf Grund dieser Ablehnung kämpfen Hijras ihr Leben lang um Anerkennung und Respekt. Abhina sieht aus diesen Gründen in Hijras besonders starke Frauen, die wissen, was sie wollen und sich nichts gefallen lassen.

Genau hier tut sich eine Lücke auf. Zum einen wollen Hijras ein selbstbestimmtes Leben führen. Gleichzeitig setzt die indische Gesellschaft hier Grenzen, die für sie kaum zu überwinden sind. Ein Beispiel ist die Arbeitssituation von Hijras. Viele Arbeitgeber*innen wollen Hijras nicht als Frauen einstellen, sondern fordern, dass die Frauen in Männerkleidung zur Arbeit erscheinen. Auch Abhina musste ihren Job verlassen,

weil ihre Arbeitgeber*in sie nicht als Frau weiterbeschäftigen wollte.

Im April 2014 befaste sich der Oberste Gerichtshof in Neu-Delhi mit den Rechten von Transgender-Personen. In einem rechtlichen Kontext fallen Hijras in diese Kategorie. Die Richter*innen erklärten, dass die Anerkennung von Transgender als drittes Geschlecht weder eine soziale noch medizinische Frage sei, sondern vielmehr eine Frage des Menschenrechts. Das Gericht forderte die Regierung auf, ein entsprechendes Gesetz auf den Weg zu bringen. Es dauerte jedoch bis Dezember 2018 bis im indischen Parlament das Gesetz zum Schutz der Rechte von Transgender-Personen (Transgender Persons Protection of Rights Bill) verabschiedete wurde.

Wie viele Aktivist*innen sieht auch Abhina Aher in dem Gesetz Lücken. Es sei nicht so umfassend und tiefgreifend, wie viele Hijras gehofft hätten. Trotzdem räume es Hijras formale Rechte ein, so Abhina. Es umfasst unter anderem die offizielle Anerkennung von Transgender-Personen, das Verbot von Diskriminierung, sowie Ansprüche auf medizinische Versorgung und soziale Sicherheit. Dadurch eröffnen sich für Hijras neue, bisher nicht da gewesene Möglichkeiten. Sie können nun beispielsweise einen Pass oder Bankkonto auf ihren Frauennamen beantragen und als Frauen an Wahlen teilnehmen.

Die Verabschiedung des Gesetzes ist ein wichtiger Schritt, um für Hijras Chancengleichheit und ein gesellschaftliches Umdenken und Akzeptanz zu erreichen. Trotzdem werden Hijras auch weiterhin Ausgrenzung erfahren, wobei besonders die ökonomische Ausgrenzung der Hijras und die damit einhergehende finanzielle Unsicherheit eine Rolle spielen. Besonders ökonomische Unabhängigkeit und Sicherheit sind notwendig, damit Hijras ein selbstbestimmtes und chancengleiches Leben führen können. Die im Jahr 2018 erreichten gesetzlichen Bedingungen schaffen trotz Kritik eine Grundlage, die Rechte von Hijras weiter auszubauen und zu fördern. Trotz aller bisherigen Kämpfe ist sich Abhina sicher: »Es muss sich noch einiges ändern, aber wir sind auf einem guten Weg«.

Unsere Autorin ist Mitarbeiterin der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Neu-Delhi.

Modi beschneidet Bürgerrechte

Transparenzgesetz von 2005 wird aufgeweicht

Die rechtskonservative Regierung von Premierminister Narendra Modi steht in der Kritik, seit seiner Machtübernahme 2014 schrittweise Bürgerrechte in Indien zu beschneiden und einzuschränken. Aktuelles Beispiel ist Indiens wichtigstes Transparenzgesetz. Diese Woche ließ Modi Änderungen an dem vor 13 Jahren verabschiedeten Gesetz über das Recht auf Information vornehmen. Das Gesetz veränderte die Art und Weise, wie Inder auf geheime Regierungsinformationen zugreifen konnten.

Unter heftigen Protesten der Oppositionsparteien wurde am Montag ein Änderungsvorschlag vom Unterhaus des Parlaments verabschiedet. Damit soll die Zentralregierung zukünftig ermächtigt werden, die Amtszeit und die Bedingungen für Informationskommissare sowohl auf zentraler als auch auf bundesstaatlicher Ebene zu bestimmen. Der Gesetzesentwurf wird nun zur Prüfung und Verabschiedung dem Oberhaus vorgelegt.

Die Opposition sieht in den Gesetzesänderungen den Versuch, das Transparenzgesetz unbrauchbar zu machen. In Kraft getreten, würde es die Autonomie der Zentralen Informationskommission einschränken, welche die höchste Berufungsinstanz für Informationsanträge ist. Nach dem Gesetz von 2005 kann jeder indische Staatsbürger Informationen von der Regierung und von öffentlichen Dienstleistern anfordern, allerdings mit wenigen Ausnahmen wie Informationen, die die nationale Sicherheit gefährden könnten. Wenn einer Person, die einen Antrag auf Informationen gestellt hat, diese verweigert werden, kann sie Berufung einlegen. Wird die Anfrage erneut abgelehnt, sind zentrale oder bundesstaatliche Informationskommissionen die nächste Beschwerdestufe. Diese kann dem bisherigen Gesetz nach die Regierung zwingen, die angefragten Informationen herauszugeben und Beamte bestrafen, die dem nicht nachkommen.

Abgeordnete kritisieren, dass das Gesetz ohne die notwendige vorherige Konsultation des Parlaments eingeführt wurde. Ihnen sei der Gesetzesentwurf nur zwei Tage vor der Abstimmung ausgehändigt worden. Auch verzichtete die Regierung im Vorfeld auf die obligatorische Offenlegung.

Alexander Isele